

Gesamtparteitag der Sozialdemokratie Oesterreichs. Wien, 2. November.

(Schluß des ersten Verhandlungstages.)

Es folgt nun der nächste Punkt der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Berichterstatter Reichsratsabgeordneter Ignaz Daszynski referiert über den Zeitraum der letzten Parlamentsperiode. Von der Lösung der Frage: § 14 oder Parlament, sind wir ebensoviele entfernt wie vor zwei Jahren. Bei dem Vergarbeitsvertrag haben die Mitglieder der Fraktion sich bewährt. Als die Versammlungen im Streikrevier verboten wurden, gingen die immunen Abgeordneten hin, um zu erproben, ob die Plinten schiefen würden. (Bravo!) In den Debatten über den Achtstundentag wurde das Treiben der Grundherren von uns vor aller Welt bloßgestellt. Wenn wir sagen, daß bei den letzten Wahlen 800 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind, so haben wir nicht zu hoch gegriffen. In meinem Bezirk sind mir allein 6000 Wähler durch Fälschung der Wahlergebnisse gestohlen worden. Wir sind aus den Wahlen mit dem Verlust von 5 Mandaten herausgekommen. Ohne Minderheitsrecht können wir versichern, daß wir 10 unsere Schulden nicht zahlen. In 20 Ausschüssen sind wir drin. Im Eisenbahnausschuß hat sich Genosse Dr. Ellenbogen, obwohl er Neuling und Arzt ist, als gewichtiger Fachmann in Eisenbahnangelegenheiten entpuppt. Besonders lebhaft war der Kampf, der an das Eintreten des Kronfolgers für die Merikalen anknüpfte. Die Verletzung der Ehrfurcht gegenüber einem Mitglied des regierenden Hauses wird bei uns eventuell mit fünf Jahren schwerer Kerker bestraft. Wir können auch einmal einen weniger taktvollen Herrscher, als der alte Kaiser ist, haben, und wenn wir auch nicht wollen, daß ein Herzog schlechter behandelt wird, als ein Sozialdemokrat, aber das odiose byzantinische Privilegium des Majestätsbeleidigungsparagrafen ist mit moderner Gesetzkraft nicht mehr im Einklang. (Bravo!) Wenn ich so an die Zukunft zu denken wage, beschleicht mich ein außerordentlicher Sceptizismus. Die nächste Zukunft wird uns zeigen, ob wir überhaupt weiter arbeiten können. Vielleicht ist in vierzehn Tagen das Parlament bereits nach Hause geschickt. Wir haben ja eigentlich gar kein Parlament. Dieses armselige Chaos von Privilegien und Ungerechtigkeiten, von Unvernunft und Apathie ist kein Parlament. Wir haben den Glauben daran verloren, daß dieses Parlament, dieser Krüppel Lebensfähig ist. Wir sind ruhig Gewehr bei Fuß gestanden, wo es uns in den Händen judte, dreinguslag. Wir sehen am Franzensring kein Parlament mehr, sondern eine Tribüne nur. (Bravo!) Und wenn Zeiten kommen, wo es unmöglich ist, diese Tribüne zu benutzen, dann müssen wir unsere parlamentarischen Hoffnungen ad acta legen. In der That kann jeden Augenblick die Obstruktion wieder losgehen. Wenn der Raab oder der Kramarz, der Wolf oder gar der Fresl, der dümmste von allen (Heiterkeit), ein Quod non sagen, dann muß das ganze Haus parieren. Was heute die Alldeutschen machen, wird morgen von den Jungtschechen gemacht. Jeder einzelne kann die Obstruktion herausbeschwören. Es ist bei den Alldeutschen und den Jungtschechen ein wahrer Wettstreit ausgebrochen, wer besser brüllen und Bulle zerhacken kann. (Heiterkeit.) Die nationalen Phrasen dieser Leute sind innerlich unwahr. Das Wirgertum schreit sich gar nicht, fremdländische Arbeiter ins Land zu rufen, wenn diese nur billiger arbeiten als die Arbeiter der eigenen Nation. In diesem steuerlosen Parlamentarismus können wir nichts anderes thun, als die Politik der Massenbewußten Arbeitererschaft zu treiben und Macht zu halten gegen den Mißbrauch der Gehehe zur Unterdrückung unseres Volkes. In der Abwehr des Merkantilismus und des Militarismus haben wir die schärfsten Töne gefunden. Es ist uns gelungen, den Kriegsminister zu zwingen, daß er erklärte, er könne gegen die sozialdemokratischen Staatsbürger nicht aufstehen, er wolle die Sozialdemokraten nur, der Militärverwaltung mit mehr Liebe entgegenkommen. (Heiterkeit.) Und wenn wir zur Liebe etwas mehr aufgelegt wären, da wo es sich um zweierlei Hand handelt, so müßten wir uns doch sagen, das was in den letzten Wochen geschah, kann uns zu größerer Liebe nicht stimmen. (Weißfall.) Der Konstreprozeß hat gezeigt, daß ein Corpskommandant, der zwar ein braver Soldat sein kann, aber wer weiß, ob nicht ein verrückter Mensch (Große Heiterkeit), alle Behörden und Institutionen des Landes unter seinen Willen zu beugen versucht und nur auf seinen Säbel pochend immer der Zivilbevölkerung nur die bewaffnete Faust zeigt und die Staatsanwaltschaft zwingt, ganze Duhende Parteigenossen vor Gericht schleppen kann, wo diese allerdings einen glänzenden Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen antreten konnten. Wenn das alles in einer so großen Provinz geschehen kann, dann müssen wir immer gegen den Militarismus aufstehen und zeigen, daß wir keine Sklaven sind, daß wir uns das nicht bieten lassen.

Nur eine gesunde Wahlreform könnte Oesterreich noch auf gemeinsame Zeit in Ordnung bringen. In diesem Sinne haben wir auf die Sozialdemokratie als auf eine staatsbehaltende Partei hingewiesen. Mit den privilegierten Herren können wir nichts anfangen. Was nützt es uns, wenn wir die Grafen Balssi und Vanssi oder den Graf Diebuszinsky angreifen, die 7 oder 10 Wähler dieser Herren geniert das nicht. Sie sind nicht zu fassen. Ich kann umhergehen wie ein wütender Löwe — ich finde sie nicht. (Heiterkeit.) Versuchen Sie es, den Abt Treuenfels und seine Wähler, die im Kloster sitzen, einzufängeln. Gehen Sie in das Kloster hinein! (Große Heiterkeit.) Es ist unmöglich.

Der Noerber will das alte einheitliche Oesterreich schaffen. Wegen die Arbeiter ist es noch einheitlich. Soweit Politisten, Gendarmen und Staatsanwälte in Betracht kommen, ist überall ein einheitliches Vorgehen gegen das arbeitende Volk zu konstatieren. (Sehr gut!) Wegen dieses einheitliche alte Oesterreich kämpfen wir unaufhörlich. Der gegenwärtigen parlamentarischen Situation will ich kein Wort sagen. Ich wünsche: Wir wollen nichts weiter sein, als ein Corps der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie. (Stürmischer Weißfall.)

Es folgt die Diskussion. Dr. Stark-Marktsbad erinnert daran, daß die Arbeitsfähigkeit des Parlaments dem Volke auch Verlastungen gebracht hat. So die Erhöhung der Beamtengehälter. Haben da unsere Abgeordneten das Parlament als Tribüne benutzt? Eine gleiche Unterlassungsfünde haben unsere Abgeordneten begangen, als sie sich nicht gegen das niederträchtige Projekt einer Zahlartensteuer wandten. Ferner haben sie es unterlassen, abzurechnen mit der Vergangenheit. Wir müssen Einwürfe dagegen erheben, daß unsere Abgeordneten die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gefährdet haben.

Winarsky-Wien: Unsere Abgeordneten haben nicht immer dazu beigetragen, das Privilegienparlament unmöglich zu machen. Herr Noerber sucht das alte Oesterreich wieder aufleben zu lassen und durch das Vorziehen wirtschaftlicher Dinge politisch dringende Fragen zu vertagen. Wir haben aber kein Interesse daran, das alte Oesterreich wieder lebendig machen zu lassen.

Dr. Morgenstern-Mährisch-Schönberg fragt an, weshalb die Regierungserklärung zur Neunhundertachtzig nicht in Paragrafen gefaßt und für alle Zeiten festgelegt worden ist. Redner wünscht, daß die Fraktion eine Wahlscheibelle ausarbeitet, um die Uebelstände des bestehenden Wahlrechts einzuschränken.

Dr. Adler: Sie haben eine Reihe Anfragen hier gehört und ich bitte nicht zu vermuten, daß ich der Offizialverteidiger

der Fraktion bin. Auch ich hätte manches auf dem Herzen, aber ich muß erklären, die Anfragen, die hier erhoben worden sind, erscheinen mir unhaltbar und unbegründet, auch wenn sie auf allen Parteitag erhoben werden. Auf jedem Parteitag steht ein Mann, der Winarsky heißt (Heiterkeit) auf, um uns von den Vorzügen des allgemeinen Wahlrechts zu überzeugen. (Große Heiterkeit.) Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechtsbewegung, die uns angepriesen werden, sind gewiß zu jeder Zeit eine sehr gute Sache. Aber die Fraktion muß wissen was sie will. Sie kann nicht bei jeder Gelegenheit hergehen und erklären: Wir wollen das allgemeine Wahlrecht; sie kann nicht auf alle Vorlagen erwidern: Gebt uns das allgemeine Wahlrecht. Das hat nicht die jetzige und auch nicht die vorige Fraktion getan. Soll sie etwa sagen: Die wirtschaftlichen Dinge sind unwichtig, die politischen und nationalen Dinge sind wichtiger. Das wäre die größte Thorheit. Wäre es sehr klug gewesen, wenn wir die Wassertrahenvorlage verhindert hätten. Ich glaube nicht, Winarsky sagt: Die Fraktion soll eine Haltung einnehmen. Aber welche denn? (Heiterkeit.) Von Obstruktion will auch er nichts wissen. Stark wirft der Fraktion vor, sie habe die Beamtengehälter nicht vermindert. Sie hat dagegen gesprochen und dagegen gestimmt. Was sollte sie noch thun? (Heiterkeit.) Sie soll die Zahlartensteuer nicht bekämpfen haben? Ja, sie hat ja noch gar nicht dem Parlament vorgelegen. Der Fraktion wird hier die schöne Pose empfohlen. In anderen Ländern versteht man solche Anklagen kompromittiert man nur den Parteitag. Ich bin der allerletzte, der für die Fraktion unbedingtes Vertrauen schenkt. Wenn ich mich aber in die Gesellschaft einer solchen Kritik begeben soll, da schweige ich lieber. Kritik ist gut, aber Vorgehen ist nicht gut. (Bravo!) In der Budgetdebatte haben wir ein sehr großes Interesse, und es hätte nichts geschadet, wenn die erste Lesung unseres Dringlichkeitsantrages auf Einführung der Altersversicherung statt am 25. Oktober am 10. November stattgefunden hätte. So ist die Sache verpufft. Der Fraktion sollte die Arbeit durch Vorgehen nicht vereitelt werden. (Lebhafter Weißfall.)

Kristian-Triest: Auf die Parlamente werden Hoffnungen gesetzt, die unerfüllbar sind. Das muß den Genossen immer mehr zum Bewußtsein gebracht werden. Die zehn Mann im Parlament können unmöglich Gesetzesarbeit verrichten. Das Parlament hat heute kaum mehr Wert als eine Tribüne. Die Verstehtheit in den Parlamentarismus muß den Genossen angetrieben werden. Etwas mehr Fühlung zwischen Abgeordneten und Arbeitern müßte hergestellt werden. Wenn ich aber gefragt werde, wie diese bessere Fühlung hergestellt werden soll, so stoße ich auf so viel Schwierigkeiten, daß ich meine Impotenz betonen muß. (Große Heiterkeit.) Wünsche sollten an die Fraktion zu jeder Zeit gebracht werden, nicht nur bloß auf den Parteitag. Vom Parlament ist aber eine Befreiung nicht zu erwarten, wir müssen uns da auf unsere alten revolutionären Prinzipien verlassen. Es werden zwei Anträge gestellt.

Dr. Cech-Brünn beantragt, die Fraktion möge einen Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts stellen. Die Lokalorganisation von Grünwald beantragt, die Fraktion möge alle zweckmäßigen Mittel anwenden, um die Einwanderung fremder Orden und Ordensspassen nach Oesterreich vollständig zu unterlagen.

Reisel-Grag: Ich fühle mich schon tot, ehe ich noch geredet habe. Adler hat nicht nur die, die schon geredet haben, sondern auch alle die, die noch zu reden haben, tot gemacht. Ich will keine großen Vorwürfe gegen die Fraktion erheben, aber auch meiner Entrüstung und Verachtung gegen das Parlament Ausdruck geben, in das man mich leider nicht hineingewälzt hat. (Große Heiterkeit.) Aber ich war wirklich nicht gern in die Fraktion. Das Parlament ist wirklich nur mehr eine Tribüne. Deshalb aber sollte man sie auch mehr benutzen. Wir ist etwas zu viel in Wassertrahen gemacht worden. Wir sollten etwas mehr agitatorisch vorgehen und endlich wieder einmal die Stimmung für eine Agitation für das allgemeine Wahlrecht ansprechen. (Weißfall.)

Kemec-Prag: Adler hatte nicht nötig, so gereizt zu sprechen. Kritik schadet nichts. In der Kritik liegt unsere Kraft. Die Tüchtigkeit der sozialdemokratischen Partei steht über jedem Zweifel erhaben. Das Zurückstellen des Dringlichkeitsantrages über das Altersversicherungsgesetz kann ich nicht billigen. Nach der entfalteten Agitation war die Zulassung der Zurückstellung ein Fehler. Schramel-Aussig: Für die Fraktion wird kein Parteigenosse schwärmen. Aber was haben wir für eine Veranlassung, an der Bekämpfung dieses Parlaments mitzuwirken, wo diese Arbeit bereits von den bürgerlichen Parteien besorgt wird. Die Vorwürfe sind unbedeutend, sie erschweren die Agitation, wenn sie in dieser Öffentlichkeit erhoben werden.

Fernerstorfer-Wien: Es scheint, daß von manchen Genossen jeder Tag als ein verlorenes betrachtet wird, an dem nicht ein Präsident hinausgeworfen wird. (Heiterkeit.) Das betrachten wir aber nicht als unsere Aufgabe. Wir wollen so weit als möglich für die Arbeiter positiv wirken. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht wieder einmal der Moment eintreten kann, wo durch einen Hinandrang positive Arbeit geleistet werden kann. Ein solcher Anlaß lag nicht vor. Wegen die Kritik bin ich nicht unangenehm. Aber die Kritiker müssen sich schon etwas mehr mit der parlamentarischen Technik vertraut machen. Wir sind uns natürlich unserer Unzulänglichkeit bewußt, den Himmel stürmen können wir zehn Mann nicht. Wir sind mit Arbeit sehr überlastet. Da wir im Augenblicke kein anderes Parlament zur Verfügung haben, so müssen wir selbst dieses schlechte Parlament wollen. Was sollen denn die deutschen Genossen zu ihrem Parlament sagen, das im wesentlichen von Junkern und Pfaffen geführt wird. Auch die deutschen Genossen sagen: Wir wollen dieses Parlament nicht. Trotzdem benutzen sie dieses Parlament als furchtbare Waffe im Interesse der Arbeiterschaft. Also ich will das Parlament und im Lande will man es auch, das zeigen die vielen Wünsche, die an uns Abgeordnete aus den Parteikreisen herantreten. Wir würden eine miserable Figur im Parlament spielen, wenn wir uns nicht unserer Verantwortung bewußt wären. Wir haben alle Unterdrückung des Klassenstaates abzuwehren, auf der anderen Seite aber auch jeden Vorteil wahrzunehmen, den wir für die Arbeiter herausfinden können. Was die Anträge anlangt, so können wir den Wahlrechtsantrag akzeptieren. Den Erdenantrag müssen wir ablehnen. Wir können uns den Pfaffen gegenüber nicht auf den Standpunkt der Ausnahmegebung stellen. Wir fürchten die Mächte der Finsternis nicht, sie mögen kommen. Ich resümiere also: Es ist falsch, wenn gesagt wird, wir hätten nichts weiter zu thun, als dem Noerber das Regieren leichter zu machen, aber ich erwäre: Wir wollen das Parlament und werden in der gegenwärtigen Situation nichts thun, was seine Arbeitsfähigkeit illusorisch machen könnte. (Weißfall.)

Ein Antrag spricht der Fraktion das volle Vertrauen der Parteigenossen aus.

Winarsky-Wien polemisiert gegen Adler, der gesagt habe, Kritik dürfe sein, sie müsse aber geschickt sein. Adler erklärt nur das für geschickt, was ihm in den Kram paßt. Mit Wissen werden Vorwürfe nicht immer widerlegt. Zu so gereizten Erwidierungen hatten die Abgeordneten keinen Anlaß. Die Kritik war durchaus freundschaftlich. Mit Fernerstorfer stimme ich nicht überein. Für mich ist es noch die Frage, was besser ist, Scheinabsolutismus, den wir heute haben, oder wirklicher

Absolutismus. Eine Bewegung für das gleiche Wahlrecht wäre besser als die Arbeit im Privilegienparlament.

Die Debatte wird geschlossen. Daszynski wendet sich im Schlußwort erregt gegen die Vorwürfe, die der Fraktion gemacht worden sind. Die linksseitige Opposition hätte sich besser in Schweigen hüllen sollen, als diesen Quatsch vorzubringen. Reisel, der Steiermärker, sei Kanalgegner, aber von den 600 Millionen für die Tauernbahn habe er kein Wort gesagt. Er würde in Graz auch Prügel bekommen, wenn er das getan hätte. (Heiterkeit.) Er hat jetzt eine Krankheit: die Abneigung gegen das Parlament. Ich kann ihm jetzt nicht helfen; bei den nächsten Wahlen wird die Krankheit kuriert werden. (Große Heiterkeit.) Bezüglich der Anträge schließt sich Redner Fernerstorfer an.

Der Ausdruck Quatsch wird vom Vorsitzenden gerügt und Daszynski nimmt das Wort zurück. Der Antrag Dr. Cech wird der Fraktion überwiesen; der Antrag der Lokalorganisation in Grünwald wird abgelehnt. Der Fraktion wird hierauf einstimmig das Vertrauen der Versammlung votiert.

Die Verhandlungen werden nach Verlesung einiger Begrüßungsgramme auf Sonntag vormittag vertagt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag, Vormittags-Sitzung. Wien, 3. November.

Zur Verhandlung steht Punkt 3 der Tagesordnung: Die Revision des Parteiprogramms.

Referent Dr. Viktor Adler: Nicht absolut zwingende Umstände führen uns zur Revision unseres Programms. Wir sind bis heute mit dem Hainfelder Programm sehr gut ausgekommen. Es war der Ausdruck der Leberzeugung, der Stimmung, des Mythos, in dem sich die Arbeiterschaft damals bewegt hat. Obwohl sich seit 1888 vieles in der Welt geändert hat, reichten wir mit dem Programm aus. Und zwar deshalb, weil das Hainfelder Programm nach und nach zu einer Art Reliquie für uns geworden war. Wir hatten nicht das Bedürfnis, unsere Grundanschauungen einen anderen Ausdruck zu geben — ich habe mir vorgenommen, die unerschütterliche Wahrheit zu sagen — und zwar deshalb, weil der prinzipielle Inhalt des Programms seit vielen Jahren gar nicht Gegenstand einer ersten Erörterung der Partei war. Wir haben jahrelang einen widerlichen Meinungskrieg gekämpft. Mit prinzipiellen Erörterungen, ja sagen wir die Wahrheit, auch mit prinzipieller Agitation haben wir uns seit Jahren nicht mehr befaßt. Der Wunsch, das Programm zu ändern, ist bei uns nicht aus einem tiefen theoretischen Bedürfnis hervorgegangen. Er ist auch nicht in Zusammenhang zu bringen mit dem Prinzipienstreit in Deutschland. War keine Spur! Er ist gekommen, weil eine Reihe Genossen gefunden haben, daß diese Einteilung in eine Prinzipienklärung und zwei Resolutionen, wie sie das Hainfelder Programm bietet, unhandlich ist, weil Stimmungen darin verzeichnet sind, die heute gar nicht mehr vorhanden sind und schließlich, weil eine Anzahl Genossen die Klärung und den begrifflichen Wunsch haben, mehr in die agrarische Bevölkerung einzubringen und gewünscht haben, daß das Programm adoptiert werde für die agrarische Agitation. Diesen letzten Wunsch hat die Kommission, die das Programm zu revidieren hatte, am allerwenigsten genügt. Wir können, das ist meine Leberzeugung, den Bauern und Kleinbürgern mit unserem Programm nicht entgegenkommen, sondern wir müssen warten — bis die Bauern und Kleinbürger zu uns kommen. Das ist eine schwere Sache, aber es geht nicht anders. Ich bin nicht dafür, daß man den Leuten einredet, wir würden uns ihnen anpassen. Wir haben ja auch in der industriellen Arbeiterschaft noch so viel zu thun, daß wir gut thun, alle unsere Kraft darauf zu verwenden.

Was ist ein Programm? Nicht nur der Ausdruck einer gemeinsamen Leberzeugung, des gemeinsamen Willens der Partei, sondern es ist auch ein bestimmter Ausdruck. Wenn es auch wahr ist, daß unsere Grundanschauung unverändert ist, so glaube ich doch nicht, daß man diese Grundanschauung nur in einer ganz bestimmten Weise ausdrücken kann. Der Kampf hier bei uns um die Revision des Programms bewegt sich nicht um die Grundanschauung, sondern ausschließlich darum, welcher Ausdruck dieser Grundanschauung zu geben ist. Wie ich unerbittlich bin gegen mich und andere, daß jeder, der sich zu unserer Partei rechnet, unsere Grundanschauungen — nicht bis aufs i-Tüpfelchen, wohl aber bis ins Innerste seines Gehirns und Herzens teilt, so bin ich in Bezug auf die Fassung dieser Grundanschauung gar nicht so streng. Ich gehöre nicht zu den ganz alten Leuten in der Partei, aber ich fange doch schon an, zu den alten Leuten zu gehören. Die Zeit hat mich gelehrt, daß in den Köpfen der Arbeiter, und auf die kommt es nur an, sich diese Grundanschauung, dieses ihr eigenes Wollen sich verschieden spiegelt. Mythos, Stimmung, Ton in der Bewegung ändern sich, und ein Programm soll ein wirkliches Bild der lebenden Partei sein. Wenn der Parteitag sich nun heute mit der Revision des Programms beschäftigt und es sich dabei darum handelt, Ausdrücke von heute zu finden, so bitte ich Sie, sprechen Sie so, wie es in Ihnen ausfließt, lassen Sie sich nicht einschüchtern durch die angeblichen Erörterungssachen einer neueren Wissenschaft, die mir manchmal recht zweifelhaft erscheinen will, aber auch nicht von denen, die jede Abweichung vom alten für ein Verbrechen erklären. Es läßt sich nicht bestreiten: wir hören mit anderen Ohren, wir sind in eine andere Periode eingetreten. Versetzen Sie sich doch in die Zeit des Hainfelder Parteitages zurück. Damals hatten wir nicht die geringste Aussicht für irgend welche Verfassung, waren wir ohne jede sichtbare Hoffnung auf Erfolge. Aus dieser Stimmung ist das Hainfelder Programm geboren. Ich will Sie nicht gegen das Hainfelder Programm einnehmen. Das Hainfelder Programm ist gut. Freilich so gut wie es jetzt dargelegt wird, ist es nicht. Jetzt ist gesagt worden: Es sei aus Marmor, es sei geschlossenes Kunstwerk etc. Was bin ich damals für ein Künstler gewesen und wie sehr bin ich heute heruntergekommen, heute, wo ich manches an dem „Kunstwerk“ aussetzen habe. (Heiterkeit.)

Um eine ruhige Erörterung zu ermöglichen, will ich Ihnen gleich einen Akt von der Brust nehmen. Als wir in der Programmkommission zusammen waren, wollten wir die Sache möglichst gefaßt und auch möglichst schon machen. Ich habe geäußert, den Namen Arbeiterschaft in Sozialdemokratie ändern zu können, ohne besonderen Wert darauf zu legen. Nachdem ich aber gesehen, daß die Empfindung der Arbeiter durch diesen Vorschlag, den historischen Parteinamen zu ändern, verletzt worden ist, will ich hier erklären, daß die Kommission einstimmig beschlossen hat, diese Aenderung zurückzugeben. Das Hainfelder Programm kann man gewiß noch im ganzen beibehalten, aber wenn man es Satz für Satz kritisch prüft, dann stößt man auf Stellen, die ich will nicht sagen, falsch sind, aber heute anders ausgedrückt werden müssen. Auf den Entwurf ist ein Freischreiben veranstaltet worden. (Heiterkeit.) Es hat der Partei genügt, weil wieder einmal theoretische Erörterungen in die Partei getragen worden sind. Ich will nur wünschen, daß es dem Entwurf ebenso nicht. (Heiterkeit.) Von einer Seite, die den Entwurf gebilligt hat, ist gesagt worden, unsere Anschauungen in Bezug auf Parlamentarismus und Sozialreform haben sich geändert, daß das im Programm zum Ausdruck kommen muß. So weit unsere Grundanschauung in Frage kommt, hat sich in Bezug auf beide Dinge nicht viel geändert. Wir hatten das Parlament noch immer nicht für den allein gegebenen Weg